

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt einleitend aus, dass der Vorsitzende der HSK anschließend in die Einzelheiten der Eckwerte einführen werde.

Er betont, wie fruchtbar das schon jetzt zu sehende Wirken der HSK sei und man könne dem entnehmen, dass dies, was allseits unter dem Stichwort „Kassensturz“ gefordert worden sei, mit den Anlagen zu der hier zur Beratung stehenden Vorlage in unmissverständlicher Form geleistet werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig fasst zusammen, dass nach dem jetzigen Stand der zu erwartenden Schulden des Jahres 2011 man am Jahresende einen Schuldenstand von 480 Millionen Euro haben werde. Wenn alles so gehe wie geplant und man nicht gegensteuern könne, werde dieser Stand in den nächsten fünf Jahren auf eine Gesamtverschuldung von 880 Millionen Euro wachsen.

Er erklärt, die sich darauf ergebenden Folgen bei den Zinsen sehe man anschaulich in der als Anlage beiliegenden Grafik, welche nicht hypothetisch, sondern auf Basis der tatsächlich bisher eingegangenen Verpflichtungen und dessen Fortschreibungen errechnet worden sei.

Daraus ergebe sich, dass man im laufenden Jahr 2011 rund 14 Millionen Euro Zinslast zu leisten haben werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig betont, wenn diese Entwicklung so anhalten werde, wie sie sich aus der mittelfristigen Finanzplanung wie dargestellt ergebe, werde diese Zinslast bis zum Jahre 2016 auf 34,5 Millionen Euro anwachsen.

Dies stelle einen Anstieg der Zinsen um insgesamt 20,5 Millionen Euro dar.

Er stellt klar, wenn man gegenüber der bisher vorliegenden Planung nicht gegensteuern könne, müsse man rund 20 Millionen Euro pro Jahr einsparen, um die zusätzlich aufgelaufenen Zinsen zu bedienen. Von Tilgung werde er in diesem Zusammenhang erst gar nicht sprechen, denn dies sei ein Thema, zu dem niemand seitens der öffentlichen Hand bisher irgendwo eine belastbare Antwort gegeben habe. Es gehe bisher ausschließlich um die Frage, wie man die steigende Nettokreditaufnahme begrenzen und am Ende auf 0 führen könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, das entscheidende Thema sei, wie man den Anstieg der Zinslast, welcher sich aus dem Ansteigen der Schulden ergebe, so begrenzen könne, dass man nicht am Ende nur noch für die Banken spare, da man für die Leistung der notwendigen Aufgaben keine Flexibilität mehr habe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, wie man mit dieser Situation umgehen könne und sollte, sei zunächst eine Aufgabe gewesen, die in der HSK und dem Stadtvorstand erörtert werden sollte. Dazu habe man einen Eckwertebeschluss vorgestellt, welcher nun der Vorsitzende der Haushaltsstrukturkommission (HSK), Herr Graulich, begründen werde.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) führt aus, er habe in den letzten Tage mit vielen Mitgliedern des Stadtrates viele Gespräche geführt und sein Ziel sei dabei gewesen, zunächst die Arbeit der HSK transparent zu machen, gleichzeitig aber auch immer wieder Anregungen für die Arbeit in der HSL aufzunehmen.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) betont, um das gemeinsame Ziel zu erreichen, eine Haushaltskonsolidierung herbeizuführen und bis zum Jahre 2016 mit einer modernen leistungsfähigen Verwaltung ohne Nettoneuverschuldung für die Stadt Koblenz die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung zu sichern, brauche man die uneingeschränkte Unterstützung des Stadtrates.

Er führt weiter aus, der Stadtrat habe die alleinige Budgetverantwortung und nur dieser könne bestimmen, an welchen Themen die HSK zu arbeiten habe.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) erläutert, in den Gesprächen mit allen Beteiligten wurden ihm deren Forderungen genannt, welche sie nach ihren Ausführungen in den letzten Jahren bereits öfter gestellt hätten.

Jede Fraktion habe ihm bestätigt, dass sich diese Forderungen in den notwendigen Maßnahmen, welche man in der vorliegenden Eckwertebeschlussvorlage ansehen könne, wieder finden.

Wie Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zuvor ausgeführt habe, sei zuvor ein Kassensturz erfolgt.

Er fügt ergänzend zu den Ausführungen des Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ein, dass die Stadt Koblenz seit 2008 jährlich für Konsumausgaben in Höhe von 50 Millionen Euro Kredite aufgenommen habe. Dabei handle es sich um puren Konsum. Herr Graulich erklärt, um dies transparent zu machen handle es sich dabei um Unterstützungen von Firmen, Vereinen, Kirmesgesellschaften und mit 100, 500 und 200 Euro seien Kredite aufgenommen worden.

Dies zeige ein Bild vom bisherigen Handeln, welches man nun verändern müsse.

Weiter ergänzt er zu den Ausführungen des Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig, dass 2016 von diesen 880 Millionen Euro Kredite, wenn man nichts dagegen tue, 420 Millionen Euro Investitionskredite seien. Herr Graulich (Vorsitzender HSK) fügt dazu an, für eine Stadt der Größenordnung wie Koblenz, sei dies nach seiner Einschätzung eigentlich eine vertretbare Größe.

Er betont, 460 Millionen Euro seien jedoch aufgelaufene Konsumleistungen und hierüber müsse man nachdenken.

Er führt weiter aus, das Eigenkapital der Stadt Koblenz stehe am 31.12. mit 527 Millionen Euro in den Büchern, wobei dies mittlerweile schon etwas weniger sein dürfte.

Das Eigenkapital der Stadt Koblenz werde am 31.12.2016 noch ca. 180 Millionen Euro betragen. Er betont, schreibe man diese Entwicklung fort, sei die Stadt Koblenz spätestens 2020 überschuldet. Dies bedeute, die Stadt Koblenz würde ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung verlieren und habe ab diesem Zeitpunkt einen Staatskommissar, welcher über Einnahmen und Ausgaben bestimme.

Dies sei die Ausgangssituation, in der man heute stehe und er wolle daher bewusst machen, dass man daran arbeiten müsse und diese Werte die Grundlage dieser Arbeit seien.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) bekräftigt, er sei sich bewusst, dass dies viele schockieren werde, das Brutale dabei sei jedoch der sich im Moment abzeichnende und unaufhaltsame Trend. Man könne nun die gemeinsame Zeit damit vergeuden, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen und die Schuldigen zu suchen und jeder werde irgendwo etwas finden, wo er gesagt habe, genau das habe er nicht gewollt und das habe dazu beigetragen.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) betont, fest stehe, die Entscheidungen seien alle hier getroffen worden und, dass alle wüssten, dass seit 2008 jährlich 50 Millionen Euro für den Konsum mit Kredit finanziert werden würden.

Er gibt zu bedenken, ob es richtig gewesen sei, der Stadt Koblenz weitergehende Aufgaben übertragen bekommen habe, welche sie auch selbst habe finanzieren müssen. Auch hier könne man nun wütend den Schuldigen suchen und dabei auf die Bundes- oder Landesregierung stoßen. Es sei anzumerken, dass dies politisch nicht richtig gewesen sei. Fest stehe aber auch, dass man der Situation, welche allen bekannt gewesen sei, keine Verhaltensänderung auf der Ausgabenseite, welche man selbst bestimmen könne, dagegengestellt habe.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) führt aus, die Ursachen dieses „Desasters“ seien nicht die immer viel diskutierte Investitionspolitik und es seien auch nicht alleine die nicht durch

finanzierten fremdverursachten Ausgaben. Die Ursachen seien einzig und allein, dass einem Mehr an Ausgaben keine entsprechenden Einsparungen gegenübergestellt worden seien. Vereinfacht ausgedrückt, habe sich die Stadt einen Luxus gegönnt, welchen sie sich nicht leisten könne und wahrscheinlich auch niemals konnte.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) bemerkt, Mathematik sei nun einmal eine Wissenschaft, an welcher man nicht viel ändern könne und sie habe den Anspruch auf Wahrheit. Man könne nun in einzelnen Haushaltspositionen herumstochern und er sei sich sicher, dies sage auch den Ratsmitgliedern deren Erfahrung, dass dies zu einem Ergebnis führen werde, welches alle nicht zufrieden stellen könne und auch nicht weiterbringen werde.

Er führt weiter aus, man könne einen anderen Weg gehen und einen ganzheitlichen Ansatz pflegen, bei welchem man sich im Klaren sein müsse, dass alle Einzelinteressen erst einmal hinten anzustehen hätten und, dass das alleinige Interesse der Stadt als Ganzes im Fokus stehe.

Die Ernsthaftigkeit eines Sparwillens sei bisher nirgends zu erkennen, was für alle Beteiligten gelte. Dies sei die Verwaltung auf der einen Seite, aber auch auf der politischen Ebene. Immer dann, wenn Einzelinteressen betroffen seien, gehe der Sparwille unter.

Bezüglich der Eckwerte in der vorliegenden Beschlussvorlage erläutert Herr Graulich (Vorsitzender HSK) zu Punkt 1, dies sei die Erkenntnis, dass sich alle darüber im Klaren seien, dass die Nettoneuverschuldung bis zum Jahre 2016 auf 0 zu fahren sei.

Er stellt dazu die Frage in dem Raum, wie dies von statten gehen solle.

Zu Punkt 2 führt Herr Graulich (Vorsitzender HSK) weiter aus, dass daraus hervorgehe, dass ohne wesentliche Veränderung in der Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung keine Veränderungen in der Verantwortung für wirtschaftliches Verhalten geschaffen werden könne.

Es gelte also Standards zu schaffen, Durchlaufzeiten zu optimieren, Organisationseinheiten auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und Verantwortung zu definieren. Er merkt an, ihm sei es bisher schwer gefallen, Verantwortlichkeiten zu finden.

Zu Punkt 3 erläutert er, sämtliche von der Stadt Koblenz übernommenen Aufgaben seien zu prüfen und nur mit der Aufgabenkritik und man hiermit Freiräume schaffen könne, durch den Wegfall von Aufgaben, sei man in der Lage, neue Aufgaben, zum Teil schon vom Gesetzgeber übertragende Aufgaben, zu übernehmen. Er wirft dazu die Frage auf, wo man die erforderlichen Kapazitäten hernehme. Man könne sie nur dort hernehmen, wo man andere Aufgaben auf den Prüfstand stelle, ob diese in der Art oder überhaupt noch abgewickelt werden müssten.

Ein wesentlicher Punkt sei der Punkt 4, indem es vorgesehen sei, ein ganzheitliches Controlling zu implementieren. Er wisse, dass die Fraktionen immer wieder wiederholen würden, dass entsprechende Anträge von ihnen irgendwo versendet seien und nicht zu dem Ergebnis geführt haben sollten.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) erläutert, in einem ganzheitlichen Controlling schaffe man die Voraussetzung, dass das, was gewollt sei, auch getan werde und die vorgegebenen Ziele auch erreicht werden würden. Es werde also ein Soll-Konzept entwickelt, welches mit dem Ist-Konzept in der Phase der Abarbeitung gegenübergestellt werde.

Zudem sei der Punkt 5 ein wesentlicher Punkt, denn der Stellenplan müsse eingefroren werden für das Jahr 2012 und parallel müsse eine neue Personalstrategie und ein Personalentwicklungskonzept auf den Weg gebracht und umgesetzt werden. Einer weiteren Ausweitung der Anzahl der Stellen, auch wenn man vorher eine Art Vehikel gehabt hätte, welches zu einer permanenten Ausweitung des Bestandes an Mitarbeitern geführt habe, müsse man Einhalt gebieten, um nicht den geschaffenen Tatsachen später mit Lösungen entgegenzustehen, bei welchen man nur mit viel Kreativität Wege finden werde.

Die zu erwirtschaftenden Produktivitätsgewinne aus der Veränderung innerhalb der Büroorganisation der Verwaltung, innerhalb der gesamten Abläufe und der veränderten Organisationseinheiten, werde ab einem bestimmten Zeitpunkt, zu einer kontinuierlichen Reduzierung des Personalkörpers führen, damit man es schaffe, den Personalkörper der Verwaltung, der vorgegebenen und feststehenden demografischen Entwicklung anzupassen.

Jedoch werde dies wahrscheinlich nicht vor 2014/2015 sein.

Bei Punkt 6 seien bezüglich der weiteren Einnahmemöglichkeiten solche zu überprüfen. Es liege einerseits die Bettensteuer auf dem Tisch, andererseits, wie bereits in anderen Städten Praxis, die Thematik der Zweitwohnungssteuer. Dies müsse man mit Ruhe und entsprechender notwendiger Qualität abarbeiten, um auch die Folgewirkungen zu betrachten.

Bezüglich des Punktes 7 führt er aus, wenn man sage, grundsätzlich für 2012 erstmal keine Investitionen mehr vorzunehmen, könne man mit dem Ergebnis von 2012 überlegen, welche notwendigen Investitionen später eingegangen werden könnten. Er betont, Investitionen könnten auch zu einer Entlastung auf der Kostenseite führen, dies dürfe man dabei nicht vergessen.

Der wesentlichste Punkt werde jedoch der Punkt 8 sein, mit einer Ausgabendisziplin nach vorne zu gehen.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) kommentiert zu diesem Punkt, er beinhalte seines Erachtens zu wenig. Die Kommission als Ganzes trage diesen jedoch mit und der Stadtvorstand habe die Beschlussvorlage so formuliert. Er legt dar, es sei ihm zu wenig, da man sich hier nur auf den Zuschussbetrag der freiwilligen Leistungen auf den Nachtrag des Haushaltes 2011, als „Deckel“, konzentriert habe. Er halte dies jedoch nicht für ausreichend. Das Abarbeiten der Auflagen der ADD für 2011 sowie die Diskussion innerhalb der Verwaltung über die Einsparvorschläge für 2012 habe ihm gezeigt, dass die Verwaltung heute noch nicht in der Lage sei, eigene kreative Veränderungen nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit herbeizuführen. Hieran müsse gearbeitet werden. Er zeigt auf, hier sei es seines Erachtens notwendig, dass der Stadtrat der Verwaltung im Zusammenhang mit diesem Beschluss zumindest eine Empfehlung gebe, was man von der Verwaltung erwarte, wie der Haushalts 2012 in seinem Entwurf mit einer absoluten Höhe von Einsparmaßnahmen auszusehen habe. Wie diese Einsparmaßnahmen dann im Haushaltsentwurf zu verteilen seien, sei Aufgabe der Verwaltung und des Stadtvorstandes. Die politische Entscheidung dahinter, ob die Gewichtung richtig sei, sei im Stadtrat zu treffen. Nur mit einem Prozentsatz zu arbeiten oder der Aussage „man werde sich bemühen...“, sei nicht zielführend. Er bemerkt, die Formulierung des Beschlussesentwurfes zu Punkt 8 sei ihm daher zu wenig und er gebe zu Bedenken, ob man hier nicht noch zusätzlich eine Empfehlung aussprechen könne, denn die politische Verantwortung sei nun einmal beim Stadtrat.

Zu Punkt 9 erklärt Herr Graulich (Vorsitzender HSK) zunächst bezüglich der Eigenbetriebe, man habe sich bisher noch nicht mit den Eigenbetrieben beschäftigt, da man sage, man beschäftige sich zunächst mit den Stellen, die direkte Auswirkungen auf die Haushaltslage hätten und wo am schnellsten und am effektivsten eine Wirkung erzielt werden könne. Dennoch betont er, man fordere von den Eigenbetrieben ein analoges Verhalten und insbesondere ein stringentes Kostenmanagement. Eine Einzelbetrachtung der Eigenbetriebe werde zu einem späteren Zeitpunkt kommen.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) macht klar, er habe die positiven Signale der Beteiligten aufgenommen und von jetzt an beginne für alle die Nagelprobe, ob das, was man bisher immer nur gesagt habe, auch ernst gemeint sei. Dies werde man jetzt gemeinsam beweisen müssen. Die zu verabschiedenden Eckwerte und der daraus zu entwickelnde Haushaltsentwurf und später zu verabschiedende Haushalte würden zeigen, ob man diese Trendwende schaffen werde.

Jetzt habe man die Gelegenheit, denn sollte man es jetzt nicht schaffen, habe die ganze Arbeit keinen Sinn. Hierüber müsse man sich im Klaren sein.

Er stellt jedoch klar, man dürfe mit all dem Einspardenken natürlich auch nicht kontraproduktiv denken und freiwillige Leistungen einsparen, welche dann von den Leistungsträgern aufgegeben werden müssten und dann als Pflichtleistungen an die Stadt zurückfallen würden.

Dennoch gebe es eine Vielzahl von Möglichkeiten, auch Pflichtleistungen wirtschaftlicher abzuwickeln. Auch hierüber beginne nun eine Prüfung.

Er führt aus, der größte Teil des Erfolges, den man erreichen könne, werde darin liegen, dass die Bereitschaft der Menschen, insbesondere der Mitarbeiter und Führungskräfte, dorthin zu bringen, dass sie eine Verhaltensänderung herbeiführen würden. Er betont, hier liege eine sehr große Verantwortung bei den Führungskräften. Der Eindruck, den er in den letzten Wochen gewonnen habe, habe seine Zuversicht gestärkt, dass man die Lage der Stadt Koblenz ändern und eine Wende schaffen könne.

Er betont, er sei weiterhin bereit, sich einzusetzen und mit seinen Möglichkeiten zu helfen und zu unterstützen. Er habe gestern mehrere Stunden auch mit Prof. Dr. Schwarting darüber gesprochen und man vertrete die Auffassung, man sei es den Bürgern schuldig, die Stadt Koblenz vor diesem „Drohgebilde Staatskommissar“ zu schützen. Er bemerkt, er wisse, dass die Mehrheit der Beteiligten dies genauso sehe, denn die Mitglieder des Stadtrates seien nun einmal diejenigen, welche vom Bürger gewählt wurden. Er habe daher die feste Überzeugung, dass man gemeinsam die Notwendigkeit erkannt habe und wisse, was man verhindern müsse.

Herr Graulich (Vorsitzender HSK) bittet daher nochmals nachdrücklich diesem Eckwertebeschluss als 1.Schritt zuzustimmen.

Rm Reinstädler (CDU) stimmt zunächst den Ausführungen des Herrn Graulich (Vorsitzender HSK) zu. Er weist daraufhin, dass die CDU-Fraktion, wie allen bekannt sei, den Haushalt 2011 abgelehnt habe. Dies sei nicht ohne Grund geschehen. Zur Begründung führt er aus, zunächst habe die Abschlussbilanz 2009 nicht vorgelegen, sodass man nicht erkennen könne, wo die Stadt haushaltsmäßig und vor allem schuldenmäßig stehe. Des Weiteren sei die von Herrn Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zunächst vorlegte und dann wieder zurückgezogene Einsparliste nicht tragbar gewesen und habe seiner Ansicht nach nur Symbolcharakter gehabt.

Zuletzt habe der Haushaltsentwurf 2011 nicht einmal im Ansatz strukturelle Veränderungen in der zukünftigen Ausgabenpolitik der Verwaltung enthalten. Er führt weiter aus, da damals Eile geboten gewesen sei, habe sich die CDU-Fraktion nochmals intensiv mit dem Haushaltsentwurf beschäftigt, um strukturelle Perspektiven für die Haushaltsaufstellung in den nächsten Jahren zu erarbeiten. Er zeigt auf, als Ergebnis habe man dem Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig im Mai diesen Jahres 10 Eckpunkte für eine Haushaltskonsolidierung und für eine finanzwirtschaftliche Entwicklung für die nächsten Jahre der Stadt Koblenz mitgeteilt. Durch das Anhalten des Haushaltes 2011 habe die CDU-Fraktion bewirkt, dass sowohl die Verwaltung, einschließlich des Oberbürgermeisters, sowie auch alle Ratsfraktionen nochmals Gelegenheit gehabt hätten, über die Haushalts- und Ausgabenpolitik der Stadt Koblenz nachzudenken. Er fügt an, in der Folge habe man die Haushaltsstrukturkommission eingesetzt, welche bisher unter der Leitung von Herrn Graulich eine sehr gute Arbeit geleistet habe. Rm Reinstädler (CDU) spricht daher Herrn Graulich (Vorsitzender HSK) seinen Dank dafür aus.

Bezüglich des Eckwertebeschlusses, welcher von der Haushaltsstrukturkommission erarbeitet worden sei, trägt er vor, er habe eigentlich vom Kämmerer der Stadt Koblenz auf Grund seiner finanzwirtschaftlichen Kompetenz und der Hilfestellung der CDU-Fraktion erwartet, dass dieser selbst in der Lage gewesen sei, diese Eckpunkte zu erarbeiten. Er bemerkt, in den heute

vorgelegten Eckwerten seien die von der CDU-Fraktion erarbeiteten Punkte fast vollständig enthalten. Er fährt fort, wenn man die im Anhang an die Beschlussvorlage beigefügten Zahlen und Fakten betrachte, könne einem schon Angst und Bange um die finanzielle Situation der Stadt Koblenz werden. Die vorgelegten Zahlen seien erschreckender, als viele angenommen hätten. Wiederholend der Ausführungen des Herrn Graulich (Vorsitzender HSK) betont er, wenn man jetzt nicht gegensteuern könne, müsse man demnächst Darlehen für die Entrichtung der Zinsen aufnehmen und Zinsen für die angefallenen Zinsen zahlen. Er betont, er sei nach den vorliegenden Zahlen und Fakten abzusehen, wann die Stadt Koblenz überschuldet, insolvent bzw. zahlungsunfähig sein werde. Die noch vorhandenen Ressourcen, würden, wenn man nicht gegensteuern könne, immer knapper. Er macht klar, die nachfolgenden Generationen würden, wenn man die Schulden- und Ausgabenpolitik nicht gravierend ändern werde, die Zeche dafür bezahlen müssen.

Bezüglich des Punktes 6 des Eckwertebeschlusses, bemerkt Rm Reinstädler (CDU), dass ein solches Personalentwicklungskonzept bereits seit mehr als 5 Jahren von der CDU-Fraktion gefordert werde. Die Verwaltung sei jedoch bisher nicht in der Lage gewesen, dieses zu erstellen oder aber es sei bewusst dem Stadtrat vorenthalten worden. Seitens seiner Fraktion befürworte man eine zügige Umsetzung dieses Konzeptes.

Er führt weiter aus, auch Einnahmenvorschläge habe die CDU-Fraktion bereits im Stadtrat vorgetragen. Hier sei die Verwaltung nach der Ansicht seiner Fraktion mehr als halbherzig herangegangen. Hinsichtlich der Kürzung des Zuschussbetrages im Bereich der freiwilligen Leistungen, solle man, sofern es unbedingt erforderlich sei, mit Vorsicht und Augenmaß herangehen. Er stellt klar, die CDU-Fraktion wolle weder die Vereine in ihrer Existenz bedrohen, noch das Ehrenamt beschädigen.

Er betont, für die CDU-Fraktion würden alle Verwaltungsaufgaben auf den Prüfstand gehören und dies sei auch nur mit einer Aufgabenkritik und einem einzusetzenden ganzheitlichen Controlling für die gesamte Verwaltung möglich.

Abschließend weist er auf einen Punkt aus der CDU-Eckwerteliste hin, in welchem man eine Kostenaufstellung der Planungen der Stadt Koblenz erwarte bezüglich des Haushaltes der BUGA. Hierzu gehöre auch die Frage, inwieweit die Landesregierung die angekündigten Zuschüsse bisher geleistet habe bzw. welche noch ausstünden und mit welcher Frist. Ebenso sei baldmöglichst ein Nachnutzungskonzept der BUGA mit den damit verbundenen Kosten dem Stadtrat vorzulegen.

Rm Reinstädler (CDU) betont, spätestens heute, mit Vorliegen der genauen Zahlen und Fakten, wisse man, dass erhebliche Sparanstrengungen nötig seien und, dass man maßvoll mit den Ressourcen der Stadt, soweit noch vorhanden, umgehen müsse.

Er unterstreicht nochmals, er bleibe zu hoffen, dass man hier heute keiner „Wunschliste“ zustimme, sondern, dass die Eckwerte in die Realität umgesetzt würden. Er betont, alle Mitglieder des Stadtrates seien für die Zukunft der Stadt Koblenz verantwortlich und deshalb könne man bei der Umsetzung dieses Beschlusses auf die CDU-Fraktion zählen.

Er schließt mit einem Zitat von Cicero: „Sparsamkeit ist eine gute Einnahme.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig informiert darüber, dass sich der BUGA-Ausschuss des Stadtrates gestern sehr intensiv mit dem Thema Nachhaltigkeit und Nachnutzungskonzept inkl. den damit verbundenen Finanzierungsfragen beschäftigt habe. Dabei sei man übereingekommen, dass man unmittelbar nach dem 16. Oktober einen Kassensturz machen werde, über die erzielten Einnahmen und die Ausgaben. Anschließend werde man eine Sondersitzung des Aufsichtsrates der BUGA-GmbH durchführen und die unmittelbar darauf folgenden Sitzungen des Haupt- und Finanzausschuss sowie des Stadtrates nutzen, um über sich

evtl. ergebende Veränderungen des bisherigen Nachnutzungskonzeptes Beschlüsse fassen zu können und zu wollen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann stellt zu den Ausführungen des Rm Reinstädler (CDU) klar, dass der Haushalt 2011 riesige Positionen „BUGA 2011“ enthalte und die Abrechnung leider in 2011 nicht erfolgen werde, sondern eben erst in 2012/2013. Dies sei eine große Haushaltsbelastung. Zudem sei Fakt, dass der Zentralplatz von Seiten der CDU-Fraktion mit beschlossen worden sei und natürlich diese Haushaltspositionen auch in 2011 enthalten seien. Aus diesem Grunde könne sie die Überraschung des Rm Reinstädler (CDU) über die vorgelegten Zahlen und Fakten nicht verstehen. Zudem finde sie es merkwürdig, dass von einer Liste gesprochen worden sei, welche vom Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig vorgelegt worden sei und nichts gebracht habe. Ihres Erachtens habe diese Liste eine Mehrheit im Stadtrat gefordert, bezüglich einer Einsparung von 2,6 Millionen Euro. Ob dies jedoch der richtige Zeitpunkt gewesen sei, eine solche Liste einzufordern, sei eine andere Frage. Sie weist weiter darauf hin, dass nicht die CDU-Fraktion, sondern der Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig die Haushaltsstrukturkommission eingeführt habe und dieser auch derjenige war, der diese Personen gewonnen habe. Diese würden in einer vorbildlichen Weise in einem Ehrenamt Leistungen für die Stadt Koblenz erbringen. Sie gibt zu bedenken, dass im Ältestenrat Dinge besprochen würden, welche scheinbar bei der CDU-Fraktion nie richtig ankommen würden, was man auch an deren Anträgen sehen könne. Sie beklagt, es sei ungerechtfertigt dem Oberbürgermeister gegenüber von Seiten der CDU-Fraktion zu behaupten, diese Einsparliste habe keinen Erfolg gehabt oder ohne die CDU-Fraktion wäre keine Haushaltsstrukturkommission eingerichtet worden.

Sie betont, von Seiten ihrer Fraktion trage man große Hoffnung an die Haushaltsstrukturkommission und insbesondere an Herrn Graulich, da dieser nicht aus der Verwaltung komme und als noch amtierender Vorstandsvorsitzender der Sparkasse die Frage der finanziellen Verbesserung seines Unternehmens sich jedes Jahr stellen müssen und daher darin geübt sei. Man hoffe daher darauf, dass gerade durch die Mitarbeit des Herrn Graulich nicht nur Steuern und Gebühren erhöht würden und freiwillige Leistungen gesenkt würden, sondern neue Ideen in die Haushaltskonsolidierung einfließen könnten, an welche Verwaltung und Rat heute noch gar nicht denken würden. Sie erklärt, die SPD-Fraktion werde den Eckwerten zustimmen, auch wenn man z.B. unter Punkt 8 noch gar nicht wisse, wie der Nachtragshaushalt aussehen werde. Man habe die 600.000 Euro Einsparungen noch zu beschließen und ob diese nur über die freiwilligen Leistungen einzusparen seien, werde man in den Beratungen erleben. Man werde zunächst weiteren Reduzierungen bei den freiwilligen Leistungen nicht zustimmen, da gemäß den Ausführungen des Herrn Graulich (Vorsitzender HSK), heute schon Pflichtaufgaben von Dritten für die Stadt übernommen würden. Diese Zuschüssen seien seit Jahren nicht erhöht worden und könne man auch nicht immer einfach nur pauschal, ohne auf die genaue Maßnahme zu schauen, kürzen. Daher müsse man es erst einmal bei dieser Deckelung belassen. Man werde daher die Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein bitten, hierbei genauer hinzuschauen und mit den freien Trägern ins Gespräch zu gehen. Sie führt aus, man habe auch lange über das Thema Personalentwicklungskonzept gesprochen und hege die Sorge, dass man vor allem im kleinen Bereich Personal einsparen werde und man bitte daher darum, dass die Umsetzung sozialverträglich durchgeführt werde und darauf geachtet werde, dass auch im unteren Bereich Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz behalten könnten.

Sie betont, dies sei ein neuer Weg und man könne nur dann ein wirkliches Ergebnis erzielen, wenn der Rat gemeinsam sparen werde, über alle Fraktionen hinweg. Man hoffe daher, dass es gelinge, im Rat eine gemeinsame Linie zu schaffen.

Sie stellt nochmals klar, dass versichert worden sei, dass es sich hierbei um einen Arbeitsauftrag handle, dessen Umsetzung in den einzelnen Punkten natürlich in den Fraktionen im Stadtrat entschieden werden könnten.

Sie schließt mit einem Dank an Herrn Graulich, stellvertretend für die Haushaltsstrukturkommission, und man hoffe auf viele kreative Ideen seinerseits, die das Sparen erleichtern würden.

Vorsitzender der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Wiechmann führt aus, man sei über die finanzielle Situation der Stadt Koblenz seitens seiner Fraktion nicht überrascht und man habe auch schon seit vielen Jahren immer wieder auf die sich zuspitzende schwierige Finanzsituation der Stadt hingewiesen und verweist dabei auf einige Haushaltsreden des Rm Ackermann (Bündnis 90 /Die Grünen). Er stimmt den Ausführungen der SPD-Fraktionsvorsitzenden Lipinski-Naumann zu, bezüglich ihrer Aussage, dass man jetzt fraktionsübergreifend im Rat gemeinsam diesen Weg gehen müsse, da diese Situation so ernst sei, dass man es nur gemeinsam schaffen werde. Er glaube daher, dass es sinnvoll sei, diesen „Drei-Schritt“ zu machen, welcher Herr Graulich (Vorsitzender HSK) angeschnitten habe, zunächst die Reduzierung der Ausgaben, die Verbesserung der Einnahmen und die Nutzung von Effizienzgewinnen. Diesen Drei-Schritt werde man gehen müssen und deswegen begrüße man auch seitens seiner Fraktion diese Eckwerte zur Haushaltsplanaufstellung 2012 und werde diese auch mittragen.

Er greift eine Aussage des Rm Reinstädler (CDU) auf: „Sparen mit Augenmaß“ und erklärt dazu, dies sei tatsächlich das Gebot der Zukunft. Wenn man ein ehrgeiziges Ziel habe, wie die Nettoneuverschuldung kontinuierlich bis 2016 auf 0 zurückzuführen, dann sei dies zum einen ehrgeizig und ambitioniert, aber vor allem unter dem Hintergrund der kommunalen Haushaltslage auch notwendig. Er betont jedoch, man könne nicht im Bereich der Vereine, Organisationen und Institutionen, welche im kulturellen und sportlichen Bereich ganz wichtige gesellschaftliche Aufgaben für die Stadt übernehmen würden und auch ehrenamtlich für den sozialen Zusammenhang in der Stadt sorgen, deren Arbeit behindern. Dies sei die zentrale Herausforderung und auch Verantwortung, die man trage, und es könne auch im Bereich der freiwilligen Aufgaben keinen finanziellen Kahlschlag geben.

Er bringt zum Ausdruck, diese Eckwerte würden in die richtige Richtung gehen und wenn man jetzt nicht sparen werde, dann mache man die Stadt Koblenz für die Zukunft handlungsunfähig und dies könne nicht das Ziel sein. Jetzt habe man zumindest teilweise noch Möglichkeiten dies zu gestalten und dies wolle man nutzen.

Rm Wefelscheid (BIZ) spricht ebenfalls seitens seiner Fraktion Herrn Graulich seinen Dank aus, insbesondere für die Ernsthaftigkeit, mit welcher man diese Aufgabe betreibe. Man habe das Gefühl, dass die ganze Sache nun ins Rollen komme, was in der Vergangenheit auch unter dem alten Oberbürgermeister seiner Meinung nach nicht ausreichend erfolgte. Er führt aus, man werde seitens seiner Fraktion diese Eckwerte, so wie sie dort stünden, unterstützen. Bezüglich den Ausführungen des Rm Reinstädler (CDU) entgegnet er, er frage sich, wenn man seitens der CDU-Fraktion so überrascht sei über diese Entwicklung, wer dann in der Vergangenheit die Stadtgeschichte gemacht habe, denn diese Volkspartei sei schließlich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland im Rat vertreten. Er bemerkt hinsichtlich der Entscheidungen des Rates in den letzten 2 Jahren bezüglich des Kulturbaus, werde die Stadt wohl auch noch Folgen einholen.

Rm Kaiser (FDP) bringt seine Freude zum Ausdruck, dass die von Seiten seiner Fraktion angeregte Kommission nun solche strukturierten Vorgaben mache und ihre Arbeit offensichtlich

sehr ernst nehme und sich dieses große Ziel vorgenommen habe, die Nettoneuverschuldung bis 2016 in der genannten Form anzugehen. Er gibt zu Bedenken, dass es traurig sei, wenn jetzt alle wieder herausarbeiten würden, welcher Punkt denn wann und von wem in welcher Form vorgeschlagen worden sei. Bezüglich des Schlusswortes von Rm Reinstädler (CDU) stimmt er wiederum voll überein und erklärt, man müsse nun gemeinsam versuchen, konstruktiv die bevorstehenden schmerzhaften Operationen vorzunehmen. Er betont, man müsse sich im Klaren sein, dass dieser Beschluss der Eckwerte nur der Anfang sei und sobald sich diese in konkret einschneidende Maßnahmen niederschlagen würden, wie die ein oder andere kulturelle oder sozialen Leistung einzusparen, werde sich erst entscheiden, wie ernst es wirklich jedem sei, diese Eckwerte auch mit Leben zu füllen. Er betont, die Schlussworte der einzelnen Fraktionen seien sehr positiv gewesen und würden den Eindruck erwecken, dass man die Sache jetzt wirklich anpacken wolle.

Er verweist auf den von seiner Fraktion gestellten Änderungsantrag zu Punkt 8, hinsichtlich der Sparbemühungen im Bereich der freiwilligen Leistungen den Zusatz „min. 3 %“ einzufügen und führt dazu aus, man wolle die etwas allgemeine Formulierung um eine definierte Größe spezialisieren. Man lege dabei jedoch nicht unbedingt Wert auf diese 3 %, sondern man wolle eine bezifferte Einsparung haben, die dazu zwingt, dass eine Priorisierung vorgenommen werde. Er betont jedoch, es sei nicht die Absicht, hier eine pauschale Kürzung vorzunehmen aus den vorgenannten Gründen. Dennoch glaube er, dass es auch jetzt schon möglich sei, eine Priorisierung dieser Leistungen vorzunehmen, die an der einen oder anderen Stelle bereits Einsparungen erbringe, welche mittelfristig noch erweitert werden solle. Hierbei könne man schon mal ein Zeichen seitens des Stadtrates setzen, dass man es ernst meine und Vorgaben gebe, welche dann entsprechend vom Stadtvorstand auszuführen und zu liefern seien.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke spricht namens seiner Fraktion seinen Dank an Herrn Graulich (Vorsitzender HSK) für die geleistete Arbeit aus. Er führt aus, man werde den vorgelegten Eckwerten zustimmen. Er betont, man solle nun aufhören, in der Vergangenheit zu suchen, da dies ein kein gutes Klima verbreite, für die künftige Arbeit. Man wisse, dass man sparen müsse, doch jetzt müsse man dies ernsthaft umsetzen. Auch in vorgenannten Bereichen, in denen ungern Einsparungen vorgenommen würden, müsse man dies tun, da man nun einmal zum Sparen gezwungen sei. Dennoch müsse man natürlich auch investieren. Er betont, auch bei der Entscheidung für die BUGA habe man etwas riskiert und es sei offensichtlich gut gegangen. Er macht deutlich, man müsse diesen Weg gemeinsam gehen und solle keine Parteipolitik betreiben, dann werde dies auch zu einem guten Ergebnis führen.

Rm Lehmkühler (SPD) führt zu den Ausführungen des Rm Wefelscheid (BIZ) aus, dass er es für nicht richtig halte, unangenehme Dinge aus der Vergangenheit auf den alten Oberbürgermeister abzuwälzen. Er betont in diesem Zusammenhang, es sei dem alten Oberbürgermeister zu verdanken gewesen, dass man bei allen Problemen, die die Stadt habe, noch immer als die kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz gelte, die die wenigsten Schulden habe.

Er führt weiter aus, er werde sich bei der Abstimmung zu Punkt 5 der Eckwerte enthalten, da er hier die Gefahr sehe, welche auch seine Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann ausführte, dass nur im unteren Bereich Personal eingespart würde. Dies werde man bei den Haushaltsberatungen noch zu diskutieren haben. Er betont, nach seiner Auffassung könne man hier nicht nur nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgehen, sondern man müsse die volkswirtschaftliche Komponente sehen. Dies bedeute, man müsse sich die Konsequenzen anschauen. Denn was habe man davon, wenn man plötzlich eine bestimmte Personengruppe verstärkt in der Grundsicherung

habe. Dann habe man zwar vordergründig möglicherweise gespart, aber unter dem Strich habe man aus volkswirtschaftlicher Sicht als Stadt noch Geld mehr gezahlt.

Rm Reinstädler (CDU) stellt klar, er habe nicht gesagt, dass das hohe Maß an Schulden der Stadt Koblenz seiner Fraktion nicht bekannt gewesen sei. Nur die genauen Zahlen wisse man erst seit letzter Woche und darauf wolle er hinweisen, denn spätestens am heutigen Tage wisse man, wo man im finanziellen Sinne mit der Stadt Koblenz stehe.

Rm Assenmacher (CDU) entgegnet bezüglich den Ausführungen des Rm Lehmkuhler (SPD), es sei ehrenhaft, dass dieser den alten Oberbürgermeister derartig in Schutz nehme, aber man könne sich doch darüber einig sein, dass spätestens mit den Beratungen zum Nachtrag des Haushaltes 2009 die Liste vorgelegen habe, wo die Verschuldung der Stadt Koblenz hingehe. Heute müsse man den Punkt erreichen, dass man in irgendeiner Form gemeinsam nach vorne schaue. Dennoch solle man die Vergangenheit nicht völlig außer Acht lassen, denn dies sei auch ungerecht gegenüber denjenigen, die in den vergangenen Jahren genau diese Situation immer wieder hier im Rat angemahnt hätten. Er betont, es gehöre nun einmal zu den Tatsachen, dass der alte Oberbürgermeister für diese Diskussionen nicht sehr offen gewesen sei. Bezüglich des Personalentwicklungskonzeptes bemerkt er, dies sei in den vergangenen Jahren kein großer Schritt gewesen und sei daher jetzt umso notwendiger. Er macht klar, man habe nun einen großen Berg Arbeit vor sich, den man gekannt habe und den man nun in Angriff nehmen müsse.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt dem Stadtrat mit, er habe soeben die Information erhalten, dass gerade der 2,5 Millionste Besucher auf der BUGA begrüßt werden konnte. Er bemerkt, man habe hier heute in der Sitzung einen bemerkenswert hohen Konsens über das, was getan werden müsse. Er erklärt, er sei sehr glücklich darüber, dass sich nun abzeichne, dass man wohl mit sehr großer Mehrheit diesen Eckwertebeschluss fassen werden könne. Es sei seines Wissens nach in der Geschichte der Stadt Koblenz erstmalig, dass man vor Eintritt in die Detailberatung des Haushaltes einen entsprechenden Eckwertebeschluss fasse. Dies habe eine sehr große Bedeutung, da dieser Beschluss ein eindrucksvolles Zeichen setze, dass dieser Weg so gewollt sei und werde die Ernsthaftigkeit der Umsetzung, auch innerhalb der Verwaltung und des Stadtvorstandes, noch einmal kräftig unterstreichen. Darüber sei er außerordentlich dankbar und glaube, dass er diese breite Zustimmung als ein gemeinsames Aufbruchzeichen interpretieren könne.

Bezüglich der Detailfrage zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu Punkt 8 der Eckwerte führt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig aus, Rm Kaiser habe in seinen Ausführungen bemerkt, dass dieser Änderungsantrag präziser sei als die Formulierung in der Beschlussvorlage des Stadtvorstandes. Er bemerkt, dies könne er jedoch nicht erkennen. Er weist zunächst darauf hin, dass die Ziffer 8 in der vorgelegten Form sehr präzise sei insofern, als er bedeute, dass man im Auftrag vom Stadtrat, sofern er dies heute beschließe, mitnehme, dass man bei den freiwilligen Leistungen für 2012 auf der Basis des Haushaltsentwurfs von 2011 etatisieren werde, unter Änderung der sog. 3-Millionen-Einsparliste und unter Einbeziehung der sog. 600.000 Euro Liste und darauf noch den unbestimmten Rechtsbegriff der „weiteren Sparbemühungen“ anwende. Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion hingegen nehme, so wie man ihn lese, als Grundlage den Haushaltsentwurf 2011 und erwähne eben nicht die 3-Millionen-Einsparliste und die 600.000 Euro Liste, so dass sich ungeprüft noch nicht einmal feststellen lasse, ob diese 3 % Einsparung nun zu mehr oder zu weniger führe. Er macht klar, dass der Änderungsantrag, so wie er hier vorliege, insofern deutlich unsubstantiiert sei, als die Vorlage des Stadtvorstandes.

Rm Kaiser (FDP) stellt daraufhin klar, dass mit dem Änderungsantrag der unbestimmte Rechtsbegriff „weitere Sparbemühungen“ um einen Sparansatz von 3 % ergänzt würde und es ginge eben nicht darum, die weiteren Forderungen zu ersetzen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt daraufhin, es sei daher sinnvoll für den Antragsteller den 1.Satz der Beschlussvorlage zu Punkt 8 unverändert zu belassen und stattdessen einen Abänderungsantrag zum 2.Satz zu stellen, der wie folgt lauten würde:

„Darüber hinaus wird erwartet, dass weitere Sparbemühungen in Höhe von 3 % vorgenommen werden.“

Diesen so geänderten Änderungsantrag werde er dann bei dem betreffenden Punkt 8 zur Abstimmung bringen.

Rm Wefelscheid (BIZ) merkt dazu an, man solle in die Formulierung „mindestens 3 %“ einfügen, denn ansonsten hätte man die Einsparungen auf 3 % gedeckelt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt mit Einverständnis des Antragstellers werde er in dieser Fassung den Änderungsantrag zur Abstimmung stellen.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum 2.Satz der Ziffer 8 der Eckwerte in der oben dargestellten Fassung wurde mit 13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und im Übrigen Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.